

Die israelische Regierung ist zu einer handfesten **Gefahr für die Region und darüber hinaus** geworden. Zudem werden weltweit Jüdinnen und Juden gefährdet, weil sie – zu Unrecht! - für die Verbrechen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung **76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.** - Dies festzustellen, ist kein Angriff auf das Existenzrecht Israels.

Die Weltgemeinschaft muss sich für den **Schutz und die Rechte der palästinensischen Bevölkerung** stark machen und **alle verfügbaren Druckmittel** nutzen, eventuell auch UN-Schutztruppen.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das Menschheitsverbrechen des Holocaust ergibt sich die Verpflichtung, sich für **Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden.** Ohne **Anerkennung der Rechte der Palästinenser** wird es für Israel keine **dauerhafte Sicherheit** geben.

Die **deutsche Regierung** muss sich mit allen Mitteln einsetzen für

- ▶ **dauerhaften Waffenstillstand, Aufhebung der Blockade von Gaza,**
- ▶ **Stopp von Vertreibung und Annexion im Westjordanland**
- ▶ **Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Aussetzung des Freihandelsabkommens EU-Israel**
- ▶ **Anerkennung des Staates Palästina als Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes**

Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen !



attac
Regionalgruppe
Kassel



Maryam Abu Daqqa, 'unabsichtlich' getötet

Attac

im Kasseler
Friedensbündnis

September 2025

Moral ? Doppelmoral. Scheißegal !

Deutschland bleibt Mittäter in Gaza und Westjordanland

Israel lässt keine internationalen Journalisten nach Gaza. Die palästinensischen Zeugen seiner Kriegsverbrechen hält es sich vom Hals:

Nach Angaben der Organisation Reporter ohne Grenzen wurden seit Beginn des Krieges im Oktober 2023 im Gazastreifen 210 Journalist/-innen durch Israel getötet, mindestens 56 davon gezielt.

Die israelische Regierung lässt „die Vorfälle untersuchen“, spricht im Einzelfall von „tragischem Missgeschick“, „unabsichtlicher Tötung“. Und routinemäßig wirft sie den Opfern vor, Sympathisanten oder Mitglieder der Hamas zu sein; in der Regel ohne Beweise.

Israel begeht einen Völkermord in Gaza. Zu diesem Schluss kommt die weltweit führende Vereinigung von Völkermordforschern: Der Krieg Israels in Gaza ist darauf angelegt, die Lebensgrundlagen der Palästinenser in Gaza zu vernichten und ihre Gesellschaft zu zerstören.

Und was macht die Bundesregierung? Sie „lehnt jegliche Überlegungen ab, die eine Vertreibung oder Enteignung der palästinensischen Bevölkerung bedeuten würden“. Mehr nicht. Nur scheinbar hat Merz mit der Ankündigung „vorerst keine weiteren

Waffen an Israel zu liefern“ dem internationalen Druck und der öffentlichen Meinung hierzulande nachgegeben. Bereits zugesagte Lieferungen, z.B. U-Boote und Schiffe werden nicht gestoppt, **jede wirkungsvolle Maßnahme** gegen die Vernichtung des palästinensischen Volkes **abgelehnt. Kein wirklicher Stopp deutscher Waffenlieferungen, kein Aussetzen der europäischen Handelsprivilegien für Israel, keinerlei Sanktionen.**

Die **Völkermordkonvention** verpflichtet alle Unterzeichnerstaaten, auch Deutschland, **alles zu tun, um einen Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen.**

Politisch, militärisch und rechtlich **unterstützt Deutschland einen mutmaßlichen Völkermord.** Deutschland hat deshalb international enorm an Glaubwürdigkeit verloren. Vor dem **Internationalen Gerichtshof** ist **Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord an-geklagt.** (<https://www.icj-cij.org/case/193>)

Kürzlich legte ein **UN-Bericht** offen, welche **Rolle kommerzielle Organisationen** bei der Unterstützung von Israels systematischer Gewalt gegen Palästinenser spielen: Waffenhersteller, Technologieunternehmen, Baufirmen, Industriebetriebe, Banken, Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften, Universitäten und Wohltätigkeitsorganisationen. Sie **unterstützen in den besetzten palästinensischen Gebieten Verstöße gegen das Völkerrecht**, insbesondere im Gazastreifen: von wahlloser Zerstörung bis hin zu Vertreibung, Plünderung, Mord, Verhungern und Folter, vom Herstellungsprozess der Waffen bis zur Finanzierung des Krieges und der Legitimierung von Verbrechen.

(perspectac.de/wp-content/uploads/2025/07/Albanese-Bericht-Oekonomie-Besatzung2025.pdf)

Als Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober sind seitdem in Gaza über **63.000 Menschen** durch die israelischen Militäraktionen getötet worden – 70 Prozent davon Frauen und Kinder. Hinzu kommen weitere **ungezählte und unzählbare** Opfer durch die **Blockade von Nahrungsmitteln, Wasser, Treibstoff für Generatoren, Medikamenten.** (www.ochaopt.org/updates) Krankenhäuser und Schulen wurden größtenteils zerstört, ebenso

90 Prozent der Wohnhäuser und die Anbauflächen für Nahrungsmittel – alles **„zur Verteidigung Israels“.**

Der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag hat geurteilt, es sei **nicht auszuschließen, dass Israel in Gaza Handlungen des Völkermords begehe.** Der Internationale **Strafgerichtshof** hat **Haftbefehl** gegen Israels Präsident Netanyahu – sowie gegen Anführer der Hamas - wegen Kriegsverbrechen erlassen.

Der **Internationale Gerichtshof** hat die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes als völkerrechtswidrig** erklärt und Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besetzung helfen** und auch **keine Handels- und Investitionsbeziehungen** eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besetzung dienen.

Davon unbeeindruckt tritt die israelische Regierung das Völkerrecht mit Füßen, jeden Tag mörderischer – und **straflos.** Also macht sie weiter.

Im Westjordanland treibt die Netanjahu-Regierung die **vollständige Übernahme** des Westjordanlandes durch massive Ausweitung **illegaler Siedlungen** voran. Hemmungslos und ungehindert vertreiben kriminelle Siedler Palästinenser von ihrem Grund und Boden - mit knapp 1000 palästinensischen Todesopfer seit Oktober 2023. Noch in diesem Jahr soll „Souveränität“ über das gesamte Westjordanland erreicht werden, um die **„Gefahr“ eines palästinensischen Staates** zu beseitigen.

Laut *Washington Post* **plant die US-Regierung, den Gazastreifen in Treuhandschaft zu übernehmen und die Bevölkerung zu vertreiben.** Die noch lebenden Palästinenser sollen zu **„freiwilliger Ausreise“** bewegt werden oder **in abgesperrten Zonen konzentriert** werden.

Immer offener wird die Schaffung eines **Groß-Israels** verfolgt - **ohne Palästinenser „From the river to the sea“** oder gar **von Bagdad bis Kairo.** Dazu gehört die Bombardierung und teilweise Besetzung **Libanons**, die Bombardierung **Syriens** und die Besetzung der Golan-Höhen.